

# EU-Nachrichten

**09**  
2017

---

**KURZ & KNAPP**
**EU-Haushaltsentwurf 2018** **3**

Neue Jobs, Investitionen und Sicherheit

## IM FOKUS

**Europäisches Solidaritätskorps** **5**

Neue Möglichkeiten für das Engagement von Freiwilligen

**Mobilitätsstrategie** **6**

Straßenverkehr soll sicherer, sauberer und moderner werden

---

**KLIMASCHUTZ**
**Juncker bekräftigt  
Führungsanspruch der EU**

Sollten die USA ihre Verpflichtungen aus dem UN-Klimaschutzvertrag nicht erfüllen, muss die EU laut EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker dazu beitragen, dieses „Vakuum“ zu füllen. „Europa hat Anspruch auf eine natürliche Führung in diesem Prozess“, sagte Juncker beim WDR-Europaforum in Berlin. „Wir müssen uns da mit China ins Benehmen setzen“, weil dort die meisten Treibhausgase emittiert würden, so Juncker.

Er unterstrich, dass man nicht so einfach aus dem UN-Klimaschutzabkommen aussteigen könne, wie einige in den USA sich das vorstellten. Eine solche Entscheidung sei frühestens in drei bis vier Jahren umzusetzen, das sei im Abkommen selbst festgelegt. Laut Juncker würden selbst dann einige US-Bundesstaaten wie Kalifornien und einige Städte an ihren bereits gesteckten Klimaschutzvorgaben festhalten.

▮ *Juncker auf dem WDR-Europaforum*



Die EU-Kommission hat Vorschläge zur Diskussion gestellt, wie die Wirtschaft des Euroraums und der Euro auf eine noch festere Basis gestellt werden könnten.

**EUROPÄISCHE WÄHRUNGSUNION**
**Debatte über Vertiefung angestoßen**

Der Euro ist eine der bedeutendsten Errungenschaften der EU. „Er ist mehr als nur eine Währung: er ist ein Wohlstandsversprechen“, sagte Valdis Dombrovskis, Vizepräsident der EU-Kommission und zuständig für den Euro und den sozialen Dialog. „Um dieses Versprechen gegenüber künftigen Generationen einzulösen, müssen wir den politischen Mut aufbringen, die Wirtschafts- und Währungsunion Europas jetzt zu stärken und zu vollenden“, so Dombrovskis.

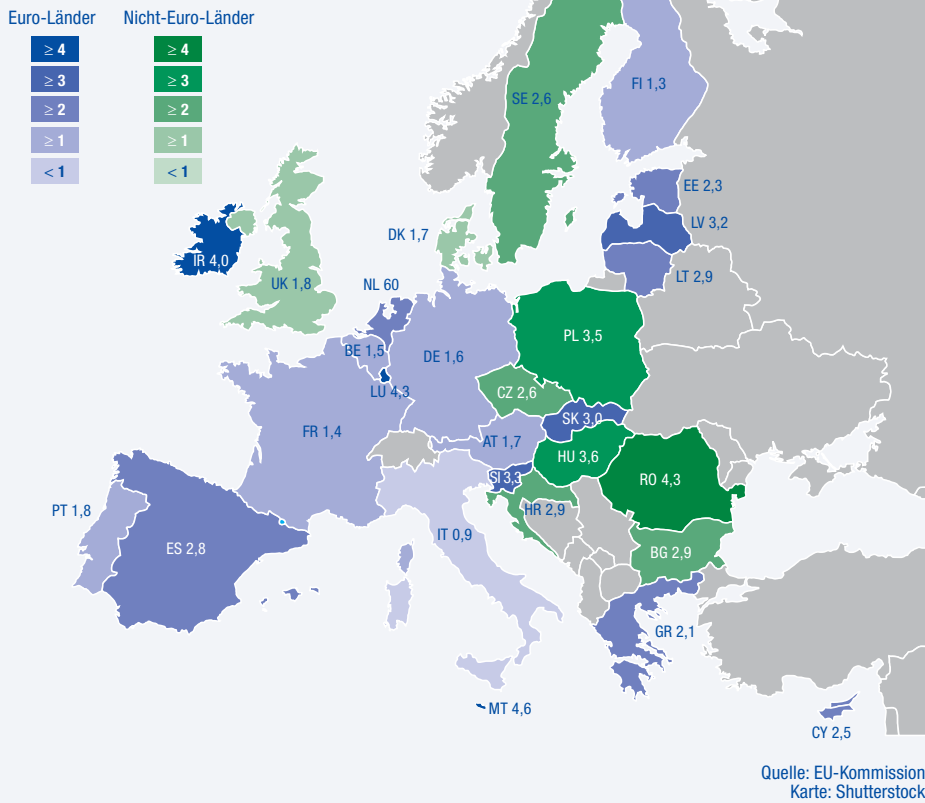
> Um die notwendige Diskussion darüber voranzubringen, hat die Kommission ein Reflexionspapier vorgelegt. Es baut auf dem „Fünf-Präsidenten-Bericht“ vom Juni 2015 auf (siehe Kasten auf Seite 2). Die Vollendung der Währungsunion ist kein Selbstzweck, wie die Kommission betont. Sie sei notwendig, um Arbeitsplätze, Wachstum, soziale Gerechtigkeit und finanzielle Stabilität zu schaffen. Und um mehr wirtschaftliche Konvergenz zwischen den Mitgliedstaaten zu erreichen. Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse hatten sich im Euroraum schon einmal stärker einander angenähert als heute, doch dann machte ab 2007 die Wirtschaftskrise mit der größten

Rezession, die es in der 60-jährigen Geschichte der EU gab, viel davon wieder zunichte. Die konjunkturelle Entwicklung der Mitgliedstaaten ist sehr unterschiedlich (siehe Grafik auf Seite 2).

Solange die Arbeitslosigkeit so hoch bleibt wie derzeit, ist die Krise nach Überzeugung der EU-Kommission noch nicht ausgestanden. „Nur wenn es uns gelingt, das wachsende wirtschaftliche und soziale Gefälle im Euroraum auszugleichen, werden wir den gefährlichen Populismus überwinden können, der sich aus diesem Gefälle nährt“, erklärte EU-Wirtschafts- und Finanzkommissar Pierre Moscovici. >>

## GEMEINSAME WÄHRUNG – UNTERSCHIEDLICHE KONJUNKTUR

Prognosen für das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts 2017 (in %)



ne nützlich sein. Das sieht die Kommission allerdings als langfristige Vision. Alternativ skizziert sie eine „makroökonomische Stabilisierungsfunktion“ für die Eurostaaten, die verschiedene Formen haben könnte und beispielsweise über den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) oder den EU-Haushalt zu finanzieren wäre:

- > Investitionsschutzregelung. Soll vermeiden, dass bei Konjunkturabschwung wichtige öffentliche Investitionen etwa in Infrastruktur oder Bildung gekürzt werden.
- > Arbeitslosenrückversicherung. Könnte die sozialen Sicherungssysteme in Mitgliedstaaten bei Wirtschaftskrisen unterstützen.
- > Fonds für „trübe Tage“ (Rainy Day Fonds). Könnte Staaten bei akuten Wirtschaftskrisen helfen.

Verantwortung und Solidarität, Eindämmung und gemeinsames Schultern von Risiken müssen für die Kommission dabei Hand in Hand gehen. Auch auf eine klare demokratische Rechenschaftspflicht komme es an. Bis Ende 2019 soll laut Reflexionspapier der Austausch mit dem Europäischen Parlament intensiviert und stärker formalisiert werden. Außerdem soll die Außenvertretung des Euroraums präziser werden.

Bis 2025 könnte es nach Auffassung der Kommission einen hauptamtlichen Vorsitzenden der Eurogruppe geben und diese nicht mehr als informelles Gremium, sondern als ordentliche Ratsformation tagen. Der Euroraum könnte ein „Schatzamt“ zur wirtschafts- und haushaltspolitischen Überwachung haben. Auch der Aufbau eines Europäischen Wirtschaftsfonds wird ins Spiel gebracht. (frh) >

### Vertiefung der Europäischen Währungsunion

#### Fünf-Präsidenten-Bericht

Das Reflexionspapier baut auf einem Diskussionspapier zur Vertiefung der Währungsunion von Juni 2015 auf. Es wurde von den Präsidenten der EU-Institutionen Jean-Claude Juncker (EU-Kommission), Donald Tusk (Europäischer Rat), Jeroen Dijsselbloem (Eurogruppe), Mario Draghi (Europäische Zentralbank) und Martin Schulz (Europäisches Parlament) erarbeitet.

>> „Die Zeit ist reif, den in Maastricht begonnenen Weg zu einer echten Wirtschafts- und Währungsunion mit starken Institutionen und demokratischer Rechenschaftspflicht zu Ende zu gehen“, sagte Moscovici.

### Breiter Konsens angestrebt

In ihrem Reflexionspapier zeigt die Kommission auf, was alles in naher Zukunft bis zu den Europawahlen 2019 getan werden könnte, um den Euro auf ein noch festes Fundament zu stellen. Und sie stellt Optionen zur Diskussion, wie es dann bis 2025 weitergehen könnte. „Es wird entscheidend darauf ankommen, einen breiten politischen Konsens über den künftigen Kurs zu erzielen und einen Gesamtfahrplan mit klaren Zeitabläufen zu erarbeiten“, heißt es in dem Papier. Bis Ende 2019 wird etwa folgendes vorgeschlagen:

> Laufende Arbeiten an der Banken- und Kapitalmarktunion abschließen. Dazu gehören etwa eine Einigung auf eine EU-Einlagensicherung zum einheitlichen Schutz von Sparguthaben in allen Mitgliedstaaten, die letzte Absicherung des Bankenabwicklungsfonds sowie erste Schritte in Richtung einer einheitlichen Kapitalmarktaufsicht.

- > Weitere Konsolidierung des Europäischen Semesters zur Koordinierung der nationalen Wirtschaftspolitik und Arbeit an Standards zur wirtschaftlichen und sozialen Konvergenz.
- > Bei der mittelfristigen Finanzplanung der EU mehr auf „die Förderung von Reformen und die Prioritäten“ des Euroraums achten.

Für die weitere Entwicklung nach 2019 bringt die Kommission zahlreiche Ideen ins Spiel. Dazu gehört etwa die Möglichkeit zur Ausgabe von auf Euro lautenden „sicheren europäischen Anlagen“, vergleichbar mit US-Staatsanleihen. Sie könnten nach Ansicht der Kommission die Stabilität des Finanzsystems deutlich verbessern. Wegen Bedenken gegen eine Vergemeinschaftung von Schulden müsse über die Ausgestaltung aber noch diskutiert werden. Zeit werde auch der Schritt brauchen, Staatsanleihen nicht mehr als risikolose Anlage in Bankbilanzen zuzulassen. Dadurch könnte sich in den Anlageportfolios der Banken eine gesündere Mischung ergeben.

### Solidarität bei Krisen

Um Turbulenzen bei Wirtschaftskrisen abzufedern, könnte ein Haushalt für die Eurozo-

## EU-HAUSHALTSENTWURF FÜR 2018

**Schwerpunkt liegt auf neuen Jobs, Investitionen und Sicherheit**

Im kommenden Jahr soll die EU längerfristige Haushaltsverpflichtungen bis zu 160,6 Mrd. Euro eingehen dürfen. Das hat die EU-Kommission in ihrem Entwurf für den Gemeinschaftshaushalt vorgeschlagen. „Wir versuchen dafür zu sorgen, dass mehr junge Menschen in Europa Arbeit finden und mehr wichtige Investitionen vor Ort getätigt werden“, sagte der für den Haushalt zuständige EU-Kommissar Günther Oettinger. „Wir wollen die Verpflichtungen einhalten, die wir in den Vorjahren für große EU-Programme eingegangen sind, und gleichzeitig neue Herausforderungen bewältigen“, erklärte er.

Zu letzteren zählte Oettinger etwa den Schutz der EU-Grenzen, die Bekämpfung von Menschenmugglern und Terroristen, die Unterstützung von Nachbar- und Entwicklungsländern, etwa um Ursachen für die Flucht von dort zu beseitigen, oder die Unterstützung von Drittstaaten wie der Türkei, die viele Flüchtlinge aufgenommen haben. Steigen sollen 2018

besonders die Ausgaben zur Schaffung von Jobs – vor allem für junge Menschen – und zur Förderung von Wachstum und Investitionen. Der Europäische Fonds für Strategische Investitionen (EFSI) soll um 2 Mrd. Euro aufgestockt werden und das Austausch- und Bildungsprogramm Erasmus+ um 9,5 Prozent. Auch das Forschungsprogramm Horizont 2020 soll laut Oettinger mehr Geld erhalten. Der Entwurf des Haushaltsplans bewegt sich innerhalb der vom Europäischen Parlament und den Mitgliedstaaten im mehrjährigen Finanzrahmen gesteckten Grenzen. Diese beiden Institutionen müssen nun über den Entwurf beraten und den Haushalt 2018 bis Jahresende beschließen.

■ [EU-Haushalt 2018](#)



## BERICHT VOR DER URLAUBSZEIT

**Badegewässer in der EU werden immer sauberer**

Von über 21.000 untersuchten Badeplätzen an Küsten, Seen und Flüssen der EU wiesen im vergangenen Jahr 85,5 Prozent eine „ausgezeichnete“ Wasserqualität auf. Das sind 1,1 Prozentpunkte mehr als im Jahr davor. Der seit 40 Jahren anhaltende Trend zu sauberer werdenden Gewässern setze sich fort, hielt die EU-Kommission in ihrem jährlichen Badegewässerbericht fest. Die Mindestanforderungen der Badegewässerrichtlinie wurden an 96,3 Prozent der untersuchten Badestellen eingehalten. Der positive Trend sei das „Ergebnis harter Arbeit durch engagierte Fachkräfte“, sagte EU-Umweltkommissar Karmenu Vella. „Sie zeigt, wie wichtig die Förderung ‚grüner‘ Arbeitsplätze in der EU ist“.

In Deutschland wurden 2.292 Badestellen getestet. In 91 Prozent der Fälle bekam die Wasserqualität das Prädikat „ausgezeichnet“, damit schneidet Deutschland überdurchschnittlich gut ab. Nur an fünf Badestellen war die Wasserqualität mangelhaft. Zwei davon liegen in Baden-Württemberg (Finsterrotter See in Wüstenrot und die Kocherbadebucht in Künzelsau), zwei in Niedersachsen (Dümmer See in Lembruch – Badestelle Seestraße und Birkenallee) und eine in Mecklenburg-Vorpommern (Strelasund an der Ostseeküste in Tremt). Die größten Verschmutzungsquellen für die Gewässer sind Abwässer und Wasser von Bauernhöfen und Agrarflächen.

■ [EU-Badegewässerbericht](#)

## BREXIT

**EU ist bereit für Verhandlungen mit London**

Die EU ist bereit für die Austrittsverhandlungen mit dem Vereinigten Königreich. Die Außenminister erteilten der EU-Kommission und Chefunterhändler Michel Barnier mit „starker Geschlossenheit“ das Verhandlungsmandat, wie Malta's Europaminister und amtierender Ratspräsident, Louis Grech, mitteilte. Barnier hofft darauf, dass die Brexit-Verhandlungen in der Woche vom 19. Juni beginnen können. Einen ersten Bericht über den Verlauf will er den Staats- und Regierungschefs bereits bei ihrem Gipfeltreffen am 22. und 23. Juni vorlegen.

Die von den Außenministern ebenfalls offiziell verabschiedeten Verhandlungsrichtlinien beziehen sich zunächst nur auf die Phase des Austritts. Barnier betonte, er wolle für einen geordneten Brexit sorgen. „No deal ist nicht meine Option“, sagte er. Für die zweite Verhandlungsphase, in der es unter anderem um die künftigen Handelsbeziehungen, die Kooperation bei Sicherheit und Verteidigung sowie um gemeinsame Forschungs- und Austauschprogramme geht, wollen die EU-Regierungen gesonderte Leitlinien vorgeben. Alle Verhandlungspapiere der Kommission, die mit den Mitgliedstaaten, dem Europäischen Parlament, den nationalen Parlamenten und dem Vereinigten Königreich geteilt werden, sollen auch für die Öffentlichkeit zugänglich sein.

■ [Austrittsverhandlungen mit Großbritannien](#)

## VERTEIDIGUNGSPOLITIK

**Durch Zusammenarbeit mehr erreichen**

Die EU-Mitgliedstaaten sollen bei Entwicklung und Einkauf von Rüstungsgütern enger zusammenarbeiten, damit das für Verteidigung ausgegebene Geld mehr bewirkt und die Sicherheit aller EU-Staaten auch in einer unsicherer werdenden Welt zunimmt. Das sagte EU-Kommissionsvizepräsident Jyrki Katainen nach einer Grundsatzdiskussion des Kommissionskollegiums über die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Durch mangelnde Koordination der Rüstungsausgaben entstünden den Mitgliedstaaten jährlich Kosten zwischen 25 und 100 Mrd. Euro.

Mit der Grundsatzdebatte bereitete die Kommission ein Diskussionspapier zu den längerfristigen Optionen der europäischen Verteidigungspolitik vor, das am 7. Juni vorgestellt werden soll, wenn in Prag eine europäische Verteidigungs- und Sicherheitskonferenz stattfindet. Zuvor will die Kommission auch den im November angekündigten EU-Verteidigungsfonds ins Leben rufen, mit dem etwa Forschungsvorhaben finanziert werden sollen. Die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini wies darauf hin, dass es bei der Sicherheitspolitik auch um den Schutz vor Terrorismus, Radikalisierung und Cyberangriffen gehe. Dazu solle unter anderem die Zusammenarbeit zwischen EU und NATO verstärkt werden.

■ [Europäische Verteidigungspolitik](#)

## Gute Konjunktur für Reformen nutzen



EU-Wirtschaftskommissar Moscovici präsentierte einige Vorschläge, wie die EU-Staaten durch „intelligente Haushaltspolitik“ das Wachstum ankurbeln könnten.

> Vorrang sollen die Mitgliedstaaten Reformen geben, „die Wachstumsgewinne auf mehr Schultern verteilen und der Produktivität neue Dynamik verleihen“, sagte Dombrovskis. „Wir müssen alle verfügbaren Instrumente einsetzen, um das Wachstum zu unterstützen“, ergänzte EU-Wirtschaftskommissar Pierre Moscovici. „Dazu zählen auch intelligente Wirtschaftsreformen und eine intelligente Haushaltspolitik.“

### Spielraum für Investitionen gesehen

Bei Haushaltspolitik und Schuldenabbau gehört Deutschland weiter zu den Musterschülern der EU. Die Budgetplanung für die nächsten Jahre wird als solide bewertet, und die Gesamtverschuldung dürfte 2021 laut Kommission mit 57 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) wieder unter der zulässigen EU-Grenze von 60 Prozent liegen. Wie seit Jahren kritisiert die Kommission aber die im Euroraum-Vergleich unterdurchschnittlichen Investitionen. Angesichts der soliden Haushaltslage habe die Bundesregierung Spielraum, über die Fiskalpolitik Investitionen zu fördern und Bedingungen für ein stärkeres Wachstum der Reallöhne zu schaffen, was beides die Binnennachfrage ankurbeln könne, schreibt die Kommission.

Besonders in Städten und Gemeinden und den Bundesländern werde zu wenig investiert. Der Bund solle hier helfen, damit Infrastrukturprojekte nicht an Planungseinschränkungen oder mangelnden Kapazitäten scheitern. Zusätzliche Investitionen in Bildung und Forschung seien

grundlegend wichtig für Deutschlands wirtschaftlichen Erfolg in der Zukunft, besonders auch, um die vielen Migranten zu integrieren, mahnt die Kommission. Hier habe es „erhebliche Anstrengungen“ gegeben, in anderen Bereichen des Bildungssektors müsse ähnliches passieren. Etliche andere Kritikpunkte aus den Vorjahren wiederholte die Kommission:

- > Unterentwickelter Markt für Risikokapital.
- > Hohe Besteuerung von Unternehmen (etwa durch Gewerbesteuer) und Geringverdienern. Teures Steuersystem.
- > Ehegattensplitting hält Frauen häufig vom Arbeitsmarkt fern.
- > Hürden im Dienstleistungsmarkt beschränken den Wettbewerb, besonders bei regulierten Berufen wie Architekten, Ingenieuren, Rechtsanwälten und Steuerberatern.

Die Kommission mahnt auch, beim Thema Digitalisierung mehr zu tun. Vor allem außerhalb der Ballungsräume sei in Deutschland die Versorgung mit Hochgeschwindigkeits-Breitbandkabeln schlecht.

### Wohlstand ungleichmäßig verteilt

Die Arbeitslosigkeit sei auf ein historisches Tief gefallen, doch weist die Kommission darauf hin, dass dies zum Teil an einer Zunahme von Teilzeitarbeit liegt. 4,8 Millionen Menschen in Deutschland hätten nur einen Minijob und die Zahl der bei Zeitarbeitsfirmen Beschäftigten habe sich seit 2005 auf rund eine Million ver-

Die Wirtschaft hat sich in allen EU-Staaten im vergangenen Jahr positiv entwickelt. „Wir sollten diesen konjunkturellen Rückenwind nutzen, um unsere Volkswirtschaften wettbewerbsfähiger, widerstandsfähiger und innovativer zu machen“, sagte Valdis Dombrovskis, der für den Euro und sozialen Dialog zuständige Vizepräsident der EU-Kommission bei der Vorstellung der „länderspezifischen Empfehlungen“. Diese sind Teil des „Europäischen Semesters“, in dem die Mitgliedstaaten ihre Wirtschaftspolitik aufeinander abstimmen, damit die EU-Konjunktur insgesamt rund läuft. Deutschland soll die öffentlichen Investitionen ankurbeln – besonders in Bildung, Forschung und Entwicklung.

vierfach. Nicht alle Menschen hätten an der guten Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt teil. Wohlstand sei in Deutschland im Vergleich der Euro-Länder mit am ungleichmäßigsten verteilt, das Risiko von Altersarmut liege über dem EU-Durchschnitt. „Jetzt, wo es wirtschaftlich aufwärts geht, müssen wir in allgemeine und berufliche Bildung von hoher Qualität investieren, damit diejenigen, die abgehängt zu werden drohen, wieder eine Perspektive haben, und damit wir mit den sich wandelnden Kompetenzanforderungen Schritt halten können“, sagte EU-Arbeits- und Sozialkommissarin Marianne Thyssen mit Blick auf alle EU-Staaten. (frh) >

### Europäisches Semester

#### Haushaltskontrolle

Im Rahmen des Europäischen Semesters prüft die EU-Kommission auch, ob die Mitgliedstaaten ihre Haushaltsvorgaben einhalten und ob es gefährliche wirtschaftliche Ungleichgewichte gibt. Was die Defizitgrenzwerte angeht, hat sie dabei deutliche Fortschritte festgestellt. 2011 liefen noch 24 Defizitverfahren gegen EU-Staaten. Inzwischen sind nur noch die gegen Spanien, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Portugal und Kroatien anhängig. Die beiden letzteren könnten ebenfalls eingestellt werden, hat die Kommission den EU-Finanzministern empfohlen.

## Junge Menschen sollen auch eigene Hilfsprojekte realisieren können

Die Möglichkeiten für junge Menschen, sich über das Europäische Solidaritätskorps für die Allgemeinheit zu engagieren und dabei wertvolle Erfahrungen zu sammeln, sollen erweitert werden. Die EU-Kommission schlägt vor, dass Gruppen von mindestens fünf jungen Menschen auch ihre eigenen Projektideen zur Unterstützung anmelden und umsetzen können. Gedacht ist dabei an Einsätze zwischen zwei und 12 Monaten in der Heimat der Jugendlichen, wobei diese selbst festlegen, wie und für wen sie sich engagieren und wieviel Zeit sie dafür aufwenden. Die Projekte sollen das Solidaritätskorps auch für junge Leute öffnen, für die ein Einsatz im EU-Ausland nicht in Frage kommt.



Umwelt- und Naturschutz ist ein Bereich, in dem sich Teilnehmer des Europäischen Solidaritätskorps engagieren können.

> Ihren Vorschlag machte die Kommission im Rahmen einer Gesetzesinitiative, durch die das Europäische Solidaritätskorps ein eigenes Budget und eine eigene Rechtsgrundlage bekommen soll. Der Aufbau des Korps läuft schon seit Dezember, die ersten Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind bereits im Einsatz. Organisiert und bezahlt wird das bisher über acht verschiedene EU-Programme wie Erasmus+, das Umweltprogramm Life, den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und den Fonds für Asyl und Migration. Mit dem Kommissionsvorschlag, über den Europäisches Parlament und Mitgliedstaaten entscheiden müssen, könnten die jungen Leute auf einer einheitlichen Rechtsgrundlage zu ihren Einsätzen geschickt werden. Als Budget schlägt die Kommission 341,5 Mio. Euro für die Jahre 2018 bis 2020 vor.

„Solidarität ist für uns mehr als bloß ein Grundsatz – sie ist eine Geisteshaltung, die den Kern der Europäischen Union ausmacht“, unterstrich EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker die Bedeutung der Solidaritätskorps-Initiative. „Ich bin stolz auf das, wofür das Solidaritätskorps steht, und danke allen Interessentinnen und Interessenten sowie den Organisationen, die Einsätze für junge Menschen anbieten“, sagte Juncker.

### Schon über 30.000 Interessenten

Ziel der Kommission ist es, dass bis 2020 etwa 100.000 junge Menschen zwischen 18 und 30 Jahren für das Europäische Solidaritätskorps im Einsatz sind. Bisher haben sich schon über 30.000 gemeldet. Die Teilnehmer erklären sich

bereit, zwei bis zwölf Monate lang freiwillig bei einer anerkannten Hilfsorganisation, einer lokalen oder nationalen Behörde oder einem Unternehmen für die Allgemeinheit zu arbeiten, dort ein Praktikum oder eine Ausbildung zu machen oder eine befristete, bezahlte Stelle anzutreten. Aus einer Teilnehmer-Datenbank können von der EU-Kommission überprüfte Organisationen geeignete Mitarbeiter auswählen. Diese können Einsätze jederzeit auch ablehnen.

### Erfahrungen für Berufsleben sammeln

Die Möglichkeiten zum Engagement sind vielfältig. Sie reichen von Hilfe beim Wiederaufbau nach Naturkatastrophen über die Restaurierung von Kulturdenkmälern, Unterstützung von Flüchtlingen und Naturschutz bis zur Arbeit mit Menschen mit Behinderungen. Nothilfe bei Katastrophen bleibt dagegen Spezialisten vorbehalten, die die notwendigen Kenntnisse haben und erfahren genug sind, um unter solch gefähr-

lichen Bedingungen zu arbeiten. Für die Teilnehmer ist es eine Chance, sich für das Gemeinwohl zu engagieren und zu Beginn ihrer beruflichen Laufbahn wertvolle Erfahrungen zu sammeln und wichtige Kompetenzen zu erwerben.

Zur Verbesserung der Karrierechancen der Jugend hat die EU-Kommission auch ein Paket mit Ratschlägen zur Modernisierung der Bildung vorgelegt. „Es reicht vom Bereich der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung über die Schule bis zur Hochschul- und Berufsbildung und legt das Fundament für fortwährendes Lernen ein Leben lang“, so der für Arbeitsplätze, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit zuständige Vizepräsident, Jyrki Katainen. Bildungspolitik ist Sache der Mitgliedstaaten, in Deutschland der Bundesländer. Die EU-Kommission bietet aber Unterstützung etwa bei der Entwicklung von Kompetenzen und interkulturellem Lernen an, zum Beispiel durch Schulpartnerschaften, Mobilitäts- und eTwinning-Projekte im Rahmen von Erasmus+, berufliche Weiterentwicklung von Lehrkräften und Schulleitern oder durch Ratschläge bei Bildungsreformen.

Damit Hochschulen ihre Lehrpläne besser an die Anforderungen von Wirtschaft und Gesellschaft anpassen können, schlägt die Kommission vor, genauer zu verfolgen, welchen beruflichen Weg junge Menschen nach ihrem Hochschulabschluss oder ihrer Berufsausbildung eingeschlagen haben. (frh) >

### Unterstützung für Freiwillige

Praktikanten, Auszubildende oder Teilnehmer mit befristetem Arbeitsvertrag werden im Einklang mit den vor Ort geltenden Gesetzen und Tarifregelungen bezahlt. Freiwillige Teilnehmer des Europäischen Solidaritätskorps bekommen keinen Lohn, doch ist die Übernahme der Kosten für An- und Abreise, Unterkunft, Verpflegung, Krankenversicherung vorgesehen, ebenso ein Taschengeld für alltägliche Ausgaben von bis zu 155 Euro im Monat.

■ Europäisches Solidaritätskorps

## Straßengüterverkehr soll fairer, sauberer und moderner werden



Der Einsatz digitaler Technologien, etwa bei der Erhebung von Mautgebühren, kann nach Ansicht der EU-Kommission den Verkehr flüssiger machen.

> Diese würden dazu beitragen, die sozio-ökonomischen Kosten des Verkehrssektors zu senken, die beispielsweise durch die in Staus vergeudete Zeit, Unfälle im Straßenverkehr mit Toten und Schwerverletzten und durch Gesundheitsrisiken aufgrund der Umwelt- und Lärmbelastung entstehen, und gleichzeitig den Belangen der Bürger, der Unternehmen und der Umwelt gerecht zu werden, sagte Bulc.

### Keine Wochenenden an Raststätten

Eindämmen will die Kommission die Praxis, dass Lkw-Fahrer ihre wöchentlichen Block-Ruhezeiten von 45 Stunden (nach maximal 6 Arbeitstagen) auf Parkplätzen in den Schlafkabinen ihrer Autos verbringen. Verkürzte Ruhezeiten von 24 Stunden sollen künftig zweimal innerhalb von vier Wochen genommen werden dürfen, doch dann muss die lange Ruhepause plus der aufgelaufenen Ausgleichszeit zu Hause verbracht werden dürfen. Wenn die Fahrer nicht nach Hause könnten, müssten die Speditionen „angemessene“ Unterkünfte bezahlen. Es sei das Ziel, dass die Fahrer „wenigstens alle drei Wochen“ für eine längere Zeit nach Hause kämen, sagte EU-Arbeits- und Sozialkommissarin Marianne Thyssen. „Wir wollen nicht, dass sie ihre Wochenenden in den Lkw verbringen“.

### Einheitliche Regeln für die Maut

Auch in Zukunft werde es den Mitgliedstaaten überlassen bleiben, ob sie Straßenbenutzungsgebühren einführen wollen, betonte die Kommission. Wenn sie es tun, dann muss die Höhe der Maut von den gefahrenen Kilometern und auch vom CO<sub>2</sub>-Ausstoß abhängen. Daneben dürfen Elemente wie Lärm, Luftverschmutzung oder Verkehrsüberlastung bestimmter Strecken berücksichtigt werden. Wird der Gesetzesvorschlag der EU-Kommission angenommen, dann müsste auch die Bundesregierung ihr Vignettensystem für die geplante Pkw-Maut bis 2027 ändern. Für Lkw soll bis 2023 auf entfernungsabhängige Mautsysteme umgestellt werden.

Deutschland hatte sich in seinem Kompromiss mit der EU-Kommission zur Pkw-Maut verpflichtet, die schrittweise Einführung eines streckenbasierten, interoperablen europäischen Mautsystems zu unterstützen. In diesem sollen Spediteure ihre Fahrzeuge mit einem einzigen Mautsender und Berechnungssystem durch die ganze EU fahren lassen können.

### Ausnahmen vom Mindestlohn begrenzen

Durch verschiedene Gesetzesänderungen will die EU-Kommission die Arbeitsbedingungen von Lkw-Fahrern verbessern, unfairen Wettbewerb im Straßengüterverkehr eindämmen und auch Streit der Mitgliedstaaten über Sozialdumping beilegen. Vorschriften des Gastlandes wie der Mindestlohn sollen gelten, wenn ein Fahrer sich

Die Einführung einheitlicher Regeln für Straßenbenutzungsgebühren, deren Höhe von den gefahrenen Kilometern abhängt und die elektronisch erhoben werden, soll einen Beitrag zu einem wettbewerbsfähigeren, umweltfreundlichen und sozial gerechten Verkehrssektor leisten. Genauso wie klare Regeln für den fairen Wettbewerb im grenzüberschreitenden Lkw-Verkehr. Beides gehört zu einem von der EU-Kommission vorgestellten Paket, das aus dem Strategiepapier „Europa in Bewegung“ und acht konkreten Gesetzesvorschlägen besteht. „Unsere Reformen bilden das Fundament für standardisierte, digitale Lösungen, gerechtere soziale Bedingungen und durchsetzbare Marktregeln“, sagte EU-Verkehrskommissarin Violeta Bulc.

dort mindestens drei Tage im Kalendermonat aufhält und immer, wenn er innerhalb des Gastlandes Güter lädt und wieder ausliefert (so genannte Kabotagefahrten).

Gegen Deutschland läuft nach Beschwerden etwa aus Polen ein EU-Vertragsverletzungsverfahren, weil Berlin die Zahlung des deutschen Mindestlohns auch an ausländische Lkw-Fahrer durchsetzen will, die sich nur kurz im Land aufhalten. Die Kommission will hier nun Klarheit schaffen. Zu weiteren Vorschlägen für einen faireren Wettbewerb der Spediteure gehören:

- > „Klare Kriterien“ für ein Durchgreifen gegen Briefkastenfirmen, mit denen Vorschriften für Steuern, soziale Sicherheit und Löhne umgangen werden.
- > Bestimmte Vorschriften des Lkw-Verkehrs auch auf zunehmend eingesetzte Fahrzeuge mit unter 3,5 Tonnen Gewicht ausdehnen.
- > Regeln für die im Anschluss an einen Transport in einen anderen EU-Staat erlaubten Kabotagefahrten anpassen, so dass diese besser zu kontrollieren sind und Leerfahrten vermieden werden. Künftig sollen unbegrenzt viele Kabotagefahrten möglich sein, aber nur fünf Tage lang.

Im Straßengüterverkehr sind laut Kommission fünf Millionen EU-Bürger beschäftigt, im ganzen Bereich „Mobilität“ sogar elf Millionen. (frh) >

■ *Neue EU-Mobilitätsstrategie*

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> <b>05.06.2017</b> 11.00–19.00 Uhr	„Europa ist keine Gurke!“ Aktions- und Lernprogramm <b>Veranstalter:</b> Kultur & Spielraum e.V., Europe Direct Informationszentrum München & Oberbayern,	Alte Kongresshalle Theresienhöhe 15 <b>80339 München</b>	www.muenchner-stadtbibliothek.de/info-service/europe-direct/veranstaltungen/veranstaltungen-detail/?tx_ttnews%5Btt_news%5D=12250&cHash=45150c523b7a852421bfd48dd3a201f
> <b>05.06.2017</b> 11.00–17.00 Uhr	„Europa first. Die Union im Umbruch und Aufbruch.“ Informations- und Unterhaltungsprogramm <b>Veranstalter:</b> EuropaPunkt Bremen, Nordwestradio	EuropaPunkt Bremen Am Markt 20 <b>28195 Bremen</b>	www.europa.bremen.de/europa_vor_ort/detail.php?gsid=bremen97.c.13837.de&asl=bremen97.c.1575.de
> <b>06.06.2017</b> 19.00 Uhr	„EU-Bürgerdialog in Mainz“ Diskussionsveranstaltung <b>Veranstalter:</b> Europäische Kommission, Landtag Rheinland-Pfalz	Kurfürstliches Schloss Peter-Altmeier-Allee 9 <b>55116 Mainz</b>	https://ec.europa.eu/germany/events/eu_buergerdialog_mainz_de
> <b>08.06.2017</b> 08.00–15.00 Uhr	„EU-Entwicklungspolitik“ Projekttag <b>Veranstalter:</b> GEKO e.V.	Gymnasium Panketal Spreestraße 2 <b>16341 Panketal</b>	www.europatermine.de/termine/datum/2017/juni/8/termin/einzel/projekttag_zur_eu_entwicklungspolitik-3.html
> <b>10.06.2017</b> 10.00–16.00 Uhr	„JuBi - Die Jugendbildungsmesse in Osnabrück“ Messe für Schüleraustausch, Sprachreisen, Praktika, Au-Pair, Studium im Ausland, Work & Travel und Freiwilligendienste <b>Veranstalter:</b> weltweiser - Der unabhängige Bildungsberatungsdienst	Gymnasium "In der Wüste" Kromschröderstraße 33 <b>49080 Osnabrück</b>	www.europatermine.de/termine/datum/2017/juni/10/termin/einzel/jubi_die_jugendbildungsmesse_in_osnabrueck-3.html
> <b>10.–18.06.2017</b> 09.00–18.00 Uhr	„EU beam me up! Per Virtual Reality die EU Institutionen auf der IdeenExpo erleben.“ Mitmachaktion <b>Veranstalter:</b> Europäisches Informations-Zentrum (EIZ) Niedersachsen, Vertretung der EU-Kommission in Deutschland	IdeenExpo 17 Messegelände Hannover <b>30521 Hannover</b>	www.eiz-niedersachsen.de/dabei-sein-in-europa/eu-beam-me-up/
> <b>13.06.2017</b> 15.00–20.00 Uhr	„Populismus in Europa“ Infoveranstaltung mit Podiumsdiskussion <b>Veranstalter:</b> Europäisches Informationszentrum Berlin, KS EfBB	Europäisches Informationszentrum Voßstraße 22 <b>10117 Berlin</b>	www.kontaktstelle-efbb.de/infos-service/veranstaltungen/
> <b>14.06.2017</b> 08.00–15.00 Uhr	„Europa im Blick – EU Förderungen im Land Brandenburg“ Projekttag <b>Veranstalter:</b> GEKO e.V.	Leibnitz Gymnasium Potsdam Galileistraße 2-4 <b>14480 Potsdam</b>	www.europatermine.de/termine/datum/2017/juni/14/termin/tag.html
> <b>14.06.2017</b> 09.00–16.30 Uhr	„Sind wir auf dem richtigen Weg? Für Antragsteller des EU-Programms ‚Europa für Bürgerinnen und Bürger.‘“ Antragswerkstatt <b>Veranstalter:</b> Kontaktstelle Deutschland „Europa für Bürgerinnen und Bürger“	Europäisches Informationszentrum Voßstraße 22 <b>10117 Berlin</b>	www.kontaktstelle-efbb.de/infos-service/veranstaltungen/
> <b>15.06.2017</b> 18.00–20.30 Uhr	„Und jetzt, Europa? Wir müssen reden!“ Bürgerdialog <b>Veranstalter:</b> Europa-Union Deutschland	Landtag Brandenburg Alter Markt 1 <b>14467 Potsdam</b>	www.europa-union.de/buergerdialoge/und-jetzt-europa/

> **Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: [https://ec.europa.eu/germany/news/eu-newsletter\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/eu-newsletter_de)**

**IMPRESSUM**

**Herausgeber:**

**Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:**

Leitung: Richard Kühnel  
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22  
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

**Regionalvertretung in Bonn:**

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

**Regionalvertretung in München:**

Bob-van-Benthem-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

**Redaktion & Grafik:**

Reinhard Hönighaus, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)  
Frank Hütten, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski  
MBI Martin Brückner Infocource GmbH & Co. KG • Gutleutstraße 89  
• 60329 Frankfurt am Main • E-Mail: cp.contact@mbi-infocource.de

**Herstellung:**

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH  
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.



**Haftungsausschluss:**

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.



Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



## HAUS DER EUROPÄISCHEN GESCHICHTE

**Neues Ziel für Brüssel-Besucher**

© European Union 2017 - Source: EP

Sehen, Hören, Fühlen und manchmal sogar Riechen: Das neu eröffnete „Haus der Europäischen Geschichte“ in Brüssel will versuchen, die verschiedenen Sinne seiner Besucher anzusprechen, und damit Menschen unterschiedlicher Altersgruppen und mit verschiedenen Vorkenntnissen zu erreichen. Spezielle Angebote für Schulen oder Familien, Workshops, Seminare und der Einsatz von Multimedia-Guides sollen einen maßgeschneiderten Zugang zur Geschichte

Europas ermöglichen – in den 24 Amtssprachen der EU. Die Dauerausstellung geht zunächst auf Überzeugungen und Ansichten ein, die das 19. Jahrhundert prägten, um die turbulenten Ereignisse des 20. Jahrhunderts verständlicher zu machen. Dann geht es um Europas Abstieg in Krieg und Zerstörung und die anschließende Suche nach einem besseren Leben in einem zunehmend vereinten Europa. Das neue Museum befindet sich in einem frisch renovierten Art-Deco-Gebäude in der Nähe des Europäischen Parlaments in Brüssel. Der Eintritt ist kostenlos.

■ [Haus der Europäischen Geschichte](#)

## EUROPÄISCHER ERFINDERPREIS

**Abstimmung für den Publikumspreis läuft**

15 kluge Köpfe aus 12 Ländern sind im Finale des Wettbewerbs um den Europäischen Erfinderpreis 2017, der vom Europäischen Patentamt vergeben wird. Über die Gewinner in fünf Kategorien entscheidet eine internationale Jury. Zusätzlich kann die Öffentlichkeit einen der 15 Finalisten mit dem Publikumspreis auszeichnen. Bis zum 11. Juni ist die Abstimmung über das Internet möglich. Unter den Teilnehmern wird ein Set „intelligenter“ Leuchten verlost.

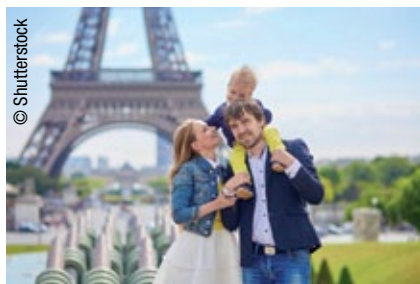


© Shutterstock

Zur Wahl für den Publikumspreis stehen auch vier deutsche Erfinder. Günter W. Hein gehört zu einem Team, das Signaltechnologie für das europäische Satellitennavigationssystem Galileo entwickelt hat. Der Chemiker Günter Hufschmid geht mit seiner „Zauberwatte“ gegen Öl- und Chemikalienverschmutzungen ins Rennen. Robert Huber war an der Entwicklung der optischen Kohärenztomografie für frühzeitige medizinische Diagnosen beteiligt und der Molekularbiologe Axel Ullrich ist für sein Lebenswerk im Kampf gegen Krebs nominiert.

■ [Publikumspreis für europäische Erfinder](#)

## ZENTRUM FÜR EUROPÄISCHEN VERBRAUCHERSCHUTZ

**Ratgeber gibt Tipps für Aufenthalt in Frankreich**

© Shutterstock

Viele Deutsche gehen jedes Jahr für einige Zeit nach Frankreich, zum Studieren, um ein Praktikum oder eine Ausbildung zu machen, oder einfach nur, um einige Zeit dort zu leben. Viele praktische Tipps dafür, wie ein solcher Aufenthalt reibungslos gelingt, hat das Zentrum für Europäischen Verbraucherschutz (ZEV) nun in einer kostenlosen Ratgeberbroschüre zusammengestellt. Die Themenpalette ist breit gefächert. Da geht es etwa um mögliche Beihilfen und Fördergelder, die zur Finanzierung des Frankreich-Aufenthaltes beantragt werden können. Aufgeführt werden auch die notwendigen Formalitäten, etwa der Abschluss der notwendigen Versicherungen und es gibt Hinweise, wie man eine Unterkunft finden kann und was bei Mietverträgen beachtet werden sollte.

Weitere Themen sind Kontoeröffnung, Krankenversicherung, Medikamentenkauf und Rückerstattung von Arztkosten, Tipps für das Jobben, Hinweise zu Verkehrsmitteln oder der Nutzung von Internet, Handy und Telefon.

■ [Ratgeber Studieren und Leben in Frankreich](#)

## AUSSCHREIBUNG

**Dienstleister für Sicherheit und Empfang in Bonn gesucht**

Die Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland führt ein nicht offenes Ausschreibungsverfahren für einen Direktvertrag über die Erbringung von Wach- und Empfangsdienstleistungen (einschließlich Telefonzentrale) für die Regionalvertretung der Europäischen Kommission in Bonn, Deutschland, durch (PR/2017-03-SEC/BON).

Wenn Sie sich an der Ausschreibung beteiligen möchten, lesen Sie hierzu die Mitteilung Nr. 2017/S 99, Veröffentlichung im Amtsblatt der EU, Reihe S vom 24. Mai 2017. Die Bewerbungsunterlagen zu der vorgenannten Ausschreibung und alle zusätzlichen Informationen werden auf der unten angegebenen eTendering-Webseite bereitgestellt.

Die Website wird regelmäßig aktualisiert, und Sie sind innerhalb der Einreichungsfrist selbst dafür verantwortlich zu überprüfen, ob Aktualisierungen oder Änderungen vorgenommen wurden. **Die Frist für den Eingang der Anträge auf Teilnahme an der Ausschreibung endet am 30. Juni 2017.**

■ [Ausschreibung](#)